

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 14. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 06.10.2015 im Sitzungssaal der Stadtverwaltung, 15837 Baruth/Mark, Ernst-Thälmann-Platz 4, Eingang Eigenbetrieb WABAU

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Winand Jansen
Herr Jörg Niendorf
Herr René Haase
Frau Annekathrin Loy
Herr Olaf Manthey
Herr Hartmut Rex
Herr Michael Wolny
Herr Erich Ertl

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller
Herr Peter Wetzel

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Detlev von der Heide

Sachkundige Einwohner

Herr Edgar Leisten
Herr Klaus Wigandt

Verwaltung

Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter
Frau Nicole Brettschneider, Bürgerberatungszentrum (BBZ), Sachbearbeiterin
Herr Karsten Dornquast, Amt für Bildung und Kultur, Amtsleiter
Frau Annett Dittwald, Bauamt, Sachbearbeiterin,
Herr Horst Förster-Schüz, Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde, Sachgebietsleiter
Herr Andreas Bleschke, Umweltamt, Klimaschutzkoordinator
Frau Marina Remus, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:05 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 1.9.2015
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Informationen zu:
 - 6.1 Museumsdorf Glashütte (Vortrag/Sachstand der Projekte)
 - 6.2 Photovoltaik/Nutzung kreislicher Dächer zur Erzeugung von Solarstrom
- 7 Beschlussvorlage
- 7.1 Definition des Waldbegriffs nach dem Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) 5-2548/15-IV
- 8 Flughafen BER - aktuelle Informationen
- 9 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Jansen eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er bedankt sich bei der Stadt Baruth/Mark für die Bereitstellung des Beratungsraumes.

In Vertretung für Frau Wehlan hat Herr Gärtner einen anderen Termin übernommen. Sein Fernbleiben wird entschuldigt.

Vorab erfolgte um 15.00 Uhr eine Begehung/Besichtigung des Museumsdorfes Glashütte. Frau Dittwald erklärte dabei den Sachstand einzelner Objekte. An dieser Begehung nahmen die Herren Jansen, Haase und Niendorf teil. Sie konnten sich einen umfassenden Eindruck vor Ort verschaffen.

Herr Jansen nimmt die Verpflichtung des sachkundigen Einwohners, Herrn Peter Wetzel, vor.

Gegen die Tagesordnung gibt es keine Einwendungen, somit wird danach verfahren.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 1.9.2015

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 1. September 2015 werden nicht vorgetragen. Damit ist die Niederschrift genehmigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Heller stellt fest, dass der Baufortschritt an der B 101 sehr langsam vorangeht. Er bittet um Information, wie das beschleunigt werden kann. Festgestellt hat er, dass von den vorgesehenen drei Brücken nur an einer gebaut wird. Er bittet, sich bei der DEGES zum Stand zu erkundigen.

Herrn Jansen bittet um Darlegung der Verwaltung zur B 101, weshalb es mit dem weiteren Ausbau nicht schneller geht.

Seine Frage zur B 101 bezieht sich auf die Maut ab Woltersdorf. Ist sie bei den bisherigen Verhandlungen mit eingeflossen und mit welchem Ergebnis.

In einer der letzten Sitzungen bat **Herr Ertl**, die Stadt Ludwigsfelde bei der Instandsetzung der Potsdamer Straße auf Grund des unzumutbaren Zustandes zu unterstützen. Wie ist der derzeitige Sachstand?

Herr Jansen bittet um schriftliche Beantwortung.

Herr Rex: Ein nächstes Bauvorhaben des Landkreises soll der Anbau am Gymnasium Rangsdorf sein. Er bittet um Information zum Stand der Planungsarbeiten bei der Grundstücksregulierung.

Herr Dornquast antwortet, Bürgermeister Rocher hat in der letzten Dienstberatung bei der Landrätin einen Brief nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung in Aussicht gestellt und sich grundsätzlich zum Standort bekannt. Bisher ist dieser Brief nicht in der KV eingetroffen. Er werde Herrn Rocher dazu befragen, da dies die Basis zur Einreichung des direkten Planungsauftrages für den Landkreis ist. Bevor das „grüne Licht“ von der Gemeinde nicht vorliegt, könne das Vorhaben nicht begonnen werden.

Herr Manthey bittet um Informationen zum Ackerbürgerhaus in Luckenwalde. Seiner Meinung nach wäre hierzu ein TOP im Ausschuss angebracht. Gibt es zwischenzeitlich weitere Informationen zum Thema?

Herr Dornquast antwortet, das SG Hochbau hat die Ausschreibung durchgeführt. Die finanziellen Mittel sind für das Jahr 2015 eingestellt. In diesem Jahr werden noch Heizungs-, Sanitär- und Elektronik-Arbeiten durchgeführt.

Herr Jansen erkundigt sich nach der Nutzung?

Es gab verschiedene Vorschläge der Verwaltung, antwortet **Herr Dornquast**. Letzter Stand war, den Bereich Tourismus dort unterzubringen. Weitere Vorschläge waren Unterbringung von Beauftragten der Landrätin oder die VHS. Für die VHS ist das Objekt aber zu klein, da Schulungsräume fehlen würden.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung werden nicht vorgetragen.

TOP 6

Informationen zu:

TOP 6.1

Museumsdorf Glashütte (Vortrag/Sachstand der Projekte)

Obwohl Frau Dittwald bei der Begehung des Museumsdorfes bereits ausführliche Informationen zu den einzelnen Objekten gegeben hat, bittet Herr Jansen um einen kurzen Bericht, da nicht alle Mitglieder in Glashütte anwesend waren.

Frau Dittwald äußert sich nochmals zu einzelnen Objekten und erklärt, eine detaillierte Zusammenfassung der Niederschrift beizulegen. (Anlage 1 a)

Herr Jansen äußert sich positiv zum informativen Rundgang. In diesem Zusammenhang weist er auf die 300-Jahrfeier im kommenden Jahr in Glashütte hin. Frau Dittwald hat darüber informiert, welche Investitionen in diesem Jahr noch erfolgen müssen. Dabei erinnert er an die Entwässerung (Versickerung von Regen- und Niederschlagswasser) einzelner Gebäude sowie an die „Alte Hütte“, wo für ca. 20 T€ die Beleuchtung zu installieren ist. Um aber die Attraktivität des Standortes für den Betreiber zu erhöhen, ist es notwendig, neben der Beleuchtung auch die Installation von Sanitäreinrichtungen in die Überlegungen seitens des Fachamtes einzubeziehen. Auch ist der Pächter der Wiesen zu bitten, diese nicht nur zu nutzen, sondern auch auf Ordnung und Sauberkeit zu achten. Insgesamt stellt er aber fest, dass die gesamte Anlage einen ordentlichen und sauberen Eindruck erweckt.

Herr Rex: Hört man die Summen, die für die Instandsetzung erforderlich wären, wäre es interessant zu erfahren, mit welchem Wert diese Objekte in die Eröffnungsbilanz gegangen sind.

Herr Jansen bittet, die Beantwortung der Frage in die Aufstellung (Anlage 1 b) aufzunehmen.

TOP 6.2

Photovoltaik/Nutzung kreislicher Dächer zur Erzeugung von Solarstrom

Herr Jansen: Im letzten Jahr hat Herr Bleschke diesen Ausschuss zur o. g. Thematik bereits ausführlich informiert. Aus den beigefügten Informationen ist ersichtlich, dass seit dieser Zeit einige Änderungen erfolgten. Er bittet Herrn Bleschke um nähere Ausführungen.

In seinen Ausführungen bezieht sich **Herr Bleschke** auf die Informationen in seinem Sachstandsbericht.

Herr Haase möchte wissen, welche Dächer für Photovoltaik geeignet sind bzw. wofür der Betreiber Interesse hätte? Er hat gehört, einige Gebäude unterliegen nicht mehr der KV.

Dazu wird **Herr Bleschke** eine Übersicht zur „allgemeinen Vergabeempfehlung für PV-Dachflächen“ zum Protokoll geben. (Anlage 2)

Herr Wolny: Angesprochen wurde, dass ein Faktor der Eigenstrombezug ist. Er weist darauf hin, dass bei großen Flächen an Schulen Einsparungen der Betriebskosten erfolgen sollten, was sich haushalterisch bemerkbar machen sollte. Danach wird der HH-Ausschuss detailliert fragen.

Herr Niendorf erklärt, hierbei handelt es sich um die Kosteneinsparung.

Herr Bleschke: Das sind 768 T€ über 20 Jahre. Bei der Kalkulation erreicht man in den ersten Jahren zunächst eine geringere Einsparung, die Anlagen werden betrieben, die monatlichen Kosten entsprechen der Fix Miete. Der Strompreis wird sich jedoch in den nächsten Jahren erhöhen, man geht von 2 – 3 % pro Jahr aus. Je höher die aktuellen Strompreise am Markt sind, umso mehr wird die monatliche Ersparnis pro Kilowatt-Stunde sein, die wir nicht beim Energieversorger kaufen müssen. Die weitere Entwicklung ist nicht vorherzusagen.

Herr Niendorf erkundigt sich nach den Gebäuden, die eventuell in den nächsten Jahren verkauft werden. Kann man dort trotzdem Photovoltaik einrichten?

Herr Bleschke antwortet, dass eine vorhandene PV-Dachanlage als Grunddienstbarkeit ersten Ranges in das Grundbuch eingetragen wäre und ggf. den Verkauf hindern könnte. Auch würde der weitere Eigenstrombezug, die einzige Ertragsquelle gegenüber dem Pacht-aufwand, nicht kalkulierbar sein. Der ursprüngliche KT-Beschluss erfolgte unter dem Vorbehalt der Minimierung des wirtschaftlichen Risikos.

Frau Loy: Welches der unterschiedlichen Betreibermodelle (Dachflächenpacht an den LK oder Anlagenpachtzahlungen an den AN) ist längerfristig kosteneffizienter für den Landkreis? Wo wird am Ende mehr gespart?

Herr Bleschke: Grundsätzlich wurde bei der Wichtung der Angebote nicht nur der Preis berücksichtigt. Zu 60 % in die Wertung floss die finanzielle Ersparnis für den Landkreis über 20 Jahre ein und zu 40 % weitere Faktoren wie Förderung von regionalen Energiegenossenschaften, Regionalität der entsprechenden Module, Beschäftigung regionaler Unternehmen und CO₂-Einsparung. Es lässt sich keine pauschale Angabe zur Höhe der quadratmeterbezogenen Pacht oder leistungsabhängigen Pacht treffen. Der finanzielle Einspareffekt unterscheidet sich zwischen den beiden Modellen nicht wesentlich. Sofern für ein Los beide Modelle angeboten wurden, erfolgte der Vergabevorschlag zu Gunsten des für den Landkreis risikoärmeren Modells (Erhalt einer zugesicherten Dachflächenpacht über 20 Jahre). Letztlich entscheidet der Kreisausschuss am 19.10.2015

Herr Jansen dankt Herrn Bleschke für seine Ausführungen.

TOP 7

Beschlussvorlage

TOP 7.1

Definition des Waldbegriffs nach dem Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG)(5-2548/15-IV)

Herr Jansen: Herr Neumann hat zu diesem TOP versucht, eine Definition des Begriffes „Wald“ darzulegen. Hintergrund war das Waldgesetz mit unbestimmten Begrifflichkeiten. Teilweise gibt es mit den Oberförstereien schon über geringere Flächen Streit, ob es sich um Wald im Sinne des Gesetzes handelt, was auch für Investoren ärgerlich ist.

Herr Neumann: Strittiger Punkt ist hierbei: was ist Wald und was nicht. Bis Anfang der 70er Jahre waren die Landeswaldgesetze im Regelungsgehalt höchst uneinheitlich. Deshalb bemühte sich der Bundesgesetzgeber um eine einheitliche Linie, was 1975 in ein Bundeswaldgesetz mündete. Allerdings sind im Waldgesetz nach wie vor Unbestimmtheiten zu finden. Die Frage der Definition – was ist Wald - ist im Gesetz nicht konkret geregelt. In der Begründung zum Gesetzesentwurf gibt es Hinweise zu Flächengrößen. Bei 0,2 ha ist eine Grenze gegeben. Die einzelnen Bundesländer haben auch hier unterschiedliche und unbestimmte Begriffe gewählt. Im Land Brandenburg gibt es Ausführungsbestimmungen mit differenzierten Regelungen, deren Sinnhaftigkeit jedoch nicht nachvollziehbar ist. Hiernach können auch

Flächen unter 0,2 ha Wald sein, jedoch nicht unter 0,12 ha. Einzig das Bundesland Rheinland-Pfalz hat eine Regelung in das Gesetz aufgenommen.

Herr Jansen berichtete über Kontakte zum Ministerium, dass derzeit die Novellierung des Waldgesetzes ansteht und die Frage „was ist Wald – was ist kein Wald“ abschließend geregelt werden sollte. Er erkundigt sich nach dem Ergebnis des Umweltausschusses.

Herr Neumann berichtet, die Vorlage sei dort nicht behandelt worden. Das Thema wurde vom stellv. Ausschussvorsitzenden als Tischvorlage mit Dringlichkeit eingebracht, da dieser Ausschuss vor dem nächsten KT nicht mehr tagt. Da keine Dringlichkeit gegeben war, kam es zur Abstimmung und wurde nicht behandelt.

Nach umfangreicher Diskussion zu weiteren Detailfragen wurde entschieden, diesen TOP zurückzustellen. In einer der nächsten Sitzungen werde man sich mit dieser Angelegenheit noch einmal befassen. Eventuell sollte versucht werden, einen Verantwortlichen aus dem Ministerium zu gewinnen, der zur Thematik Ausführungen macht.

TOP 8

Flughafen BER - aktuelle Informationen

Frau Brettschneider: Zur Umsetzung zum Stand des Schallschutzprogramms sind bei der FBB im September knapp 12.000 Anträge eingegangen. Davon sind noch 5.550 Anträge in der Ermittlung der Ansprüche, bei 6.400 Anspruchsberechtigten wurden ASE-B oder ASE versendet bzw. keine Schutzmaßnahmen mitgeteilt. Insgesamt sind ca. 1.300 Schallschutzmaßnahmen umgesetzt, baulich 110, finanzielle Mittel wurden an 1.200 Bürger ausgezahlt.

Herr Wolny erinnert, dass die vom Dialogforum auf den Weg gebrachte Schallschutzmatrix noch immer nicht beim Ministerium eingegangen ist.

Nach Information von **Frau Brettschneider** liegt diese Matrix vor, ist aber noch nicht im BBZ eingetroffen.

Herr Haase bittet um generelle Information zum Flughafen (z. B. zu schwere Ventilatoren, Abbruch von Wänden u. ä.).

Herr Rex: Herr Gärtner hatte in den letzten Sitzungen bekannt gegeben, dass im Oktober in Rangsdorf das Messauto stationiert werden sollte, was bisher dort noch nicht erfolgt ist. Er bittet um Sachstand?

Frau Brettschneider hatte dazu bei der FBB (Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg) Rücksprache genommen. Sie erhielt die Information, dass im Oktober am Seebad Rangsdorf gemessen werden soll. Auch im November soll in diesem Bereich eine komplette Null-Messung erfolgen. Sie wird sich dazu nochmal informieren. (Bitte die Information per E-Mail an Herrn Rex übermitteln.)

Herr Wolny informiert über die Unterschriftensammlung zum Volksbegehren. Über den Landkreis hinaus wurden bereits beachtliche Unterschriften gesammelt. Die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow empfiehlt auch eine Stimmenabgabe über Briefwahlunterlagen bzw. informiert, welche öffentlichen Einrichtungen für die Wahl zur Verfügung stehen.

TOP 9

Verschiedenes

Herr Jansen informiert über die Termine der Sitzungen für das Jahr 2016. Die Übersicht wird allen Mitgliedern mit der Niederschrift übergeben. (Anlage 3) In der nächsten Sitzung wird darüber beraten.

Allen Mitgliedern ist ein Schreiben der Lokalen Agenda 21 übergeben worden. Hintergrund ist die Barrierefreiheit. Eine Diskussion dazu erfolgt in der nächsten Sitzung.

Der Vorsitzende bedankt sich für die rege Teilnahme und wünscht allen einen angenehmen Nach-Hause-Weg. Er schließt die Sitzung um 18:05 Uhr.

Luckenwalde, 16.10.2015


Jansen
Vorsitzender des AfRB


Remus
Schriftführerin